

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der Tschechoslowakischen Republik.

monatlich	Kr. 16.-
vierteljährlich	48.-
halbjährlich	95.-
jährlich	192.-

Die Wirtschaftsminister beraten weiter.

Prag, 10. Juni. Die Wirtschaftsminister leiteten heute die Beratungen über die Frage der Regelung des Getreideverkehrs fort, wobei hauptsächlich die Frage der Preisfestsetzung im Vordergrund stand. Zu irgendwelchen bindenden Beschlüssen ist es auch heute nicht gekommen. Die Beratungen werden vielmehr noch im Laufe dieser Woche im Komitee der Wirtschaftsminister ihre Fortsetzung finden.

Die Nationaldemokraten erklären in ihrer Briefe, daß ihre Partei keineswegs den Widerstand gegen die Monopolisierung ausgesprochen habe. Auch in einem Kommuniqué über eine gemeinsame Klüberberatung versichern die Nationaldemokraten, daß der Klub auf seinem ablehnenden Standpunkt gegenüber der Errichtung einer Monopolgesellschaft verharret, daß er aber gegen eine Konzentrierung der Einfuhr, die die Errichtung einer Monopolgesellschaft überflüssig mache, nichts einwendet, ebenso nichts gegen Maßnahmen, die die Ernte nennentlich nach dem Schnitt gegen plötzliche Preisschwankungen sichern sollen. Zu den größten Sorgen des Klubs zählt aber die Vorlage eines Wohnungsgesetzes; desbezüglich soll eine Deputation gemeinsam mit den Vertretern des Parteikomitees beim Fürsorgeminister intervenieren.

Eine Konferenz in Genf

Über die Finanzhilfe an Deutschland

Paris, 10. Juni. Der Genfer Berichterstatter des „Petit Parisien“ teilt mit, daß in Vorkonferenzen viel von der Einberufung einer Konferenz in Genf gesprochen wird, die den Zweck hätte, Deutschland eine finanzielle Hilfe zuteil werden zu lassen. Auf der Konferenz würde nicht direkt über eine Revision des Young-Plans, sondern über eine gewisse Art Regelung der Haager Abkommen verhandelt werden.

Macdonald gegen eine Konferenz.

London, 10. Juni. Der Abgeordnete Peter Macdonald richtete im Unterhaus an den Premierminister die Frage, ob er die Einberufung einer Konferenz unter Beteiligung aller Staaten, die an einer internationalen Regelung ein Interesse haben, zwecks gegenseitiger Annulierung aller Verpflichtungen in den denkbar größtem Maße in Erwägung ziehen würde. Auf diese Frage erklärte Macdonald: Englands Haltung in der Schuldenfrage ist allgemein bekannt und ein Schritt auf der vorgeschlagenen Basis würde unter den gegenwärtigen Verhältnissen wenig Zweck haben.

Eine amerikanische Stimme

für die Beendigung der Reparationen.

Pittsburg, 10. Juni. (Wolff.) Der ehemalige Reichsminister in Berlin und London, Hughston, der bei der Zehnjährfeier des Carnegie-Instituts für eine Herabsetzung der deutschen Zahlungen gesprochen hat, führte u. a. aus:

Deutschland ist meiner Ansicht nach an der Grenze des Möglichen angelangt. Ich kann keinen Vorteil für die Welt von einem vollkommenen Zusammenbruch Deutschlands sehen. Ich will nicht daran denken, was entstehen müßte, wenn in Mitteleuropa das Chaos herrschen würde. Jedenfalls würden solche Ereignisse weder uns noch anderen Nationen helfen, auf den Weg der wirtschaftlichen Erholung zu kommen. Wir dürfen nie vergessen, daß es die Hilfe ist, die wir gewähren, die den Wirtschaftsbetrieb der Welt wieder ankurbeln kann. Das deutsche Volk aufzulockern, könnte sich als kostspieliges Experiment herausstellen, und darauf läuft es hinaus, wenn man es zu überzeugen sucht, daß es für die nächsten 60 Jahre an die Bandagen der Schuldverpflichtung gebunden sei, deren Gerechtigkeit es verneint. Ich bin überzeugt, daß es unsere Pflicht wäre, uns auf eine Diskussion für Deutschland einzulassen.

Keine Todesstrafe in der Schweiz.

Der Schweizer Ständerat hat die Einführung der Todesstrafe im Eidgenössischen Strafgesetzbuch verworfen.

Reichstageseinberufung noch unentschieden.

Heute Beratungen Brünnings mit den Fraktionsführern.
Vorstöße der Volkspartei.

Berlin, 10. Juni. (Eigenbericht.) Heute nachmittags um 5 Uhr trafen der Reichskanzler und der Reichsaußenminister von ihrer englischen Reise wieder in Berlin ein. Auf dem Bahnhof versuchte eine Anzahl von Hakenkreuzlern, eine Demonstration gegen den Kanzler zu veranstalten, was jedoch von der Polizei verhindert wurde. Voraussichtlich wird der Reichskanzler morgen die Vertreter mehrerer Reichstagsfraktionen, darunter auch die der sozialdemokratischen Partei, empfangen.

Die Sozialdemokratie wird von ihm verlangen, daß durch Verhandlungen eine Abänderung der Notverordnung in ihren schlimmsten Teilen herbeigeführt werde. Wenn der Reichskanzler dieser Forderung zustimmt, so dürfte die Notverordnung, wie es die Geschäftsordnung des Reichstages für finanzielle Vorlagen vorseht, dem Haushaltsausschuß und einigen Fachkommissionen des Reichstages überwiesen werden. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion dürfte deshalb vorläufig von einer endgültigen Entscheidung absehen, sie vielmehr erst dann treffen, wenn das Ergebnis der etwaigen Beratungen vorliegt.

Der Reichsausschuß des Reichstages lehnte die von den Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Kommunisten beantragte Einberufung des Reichstages für kommenden Dienstag ab, und zwar aus dem Grunde, weil erst in den

nächsten Tagen Sitzungen mehrerer Fraktionen stattfinden, die zu der Notverordnung und zur politischen Lage Stellung nehmen wollen. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hält ihre Sitzung am Freitag ab. Es wurde jedoch beschlossen, daß der Reichstagsrat am Dienstag noch einmal zusammentreten soll, um sich dann über die Einberufung des Reichstages schlüssig zu werden.

Inzwischen bereitet die deutsche Volkspartei einen Angriff auf das Kabinett vor. Sie will nicht nur einige Bestimmungen sozialpolitischer Natur in der Notverordnung noch verschärfen, sondern sie scheint auch eine Umänderung des Kabinetts zu verlangen. Schon früher hat sie den Rücktritt des Finanzministers Dietrich von der Staatspartei gefordert, jetzt dürfte sie auch noch die Abberufung ihres eigenen Ministers Curtius und des Reichsernährungsministers Schiele verlangen. Dazu drängt sie auch auf eine außerpolitische Auseinandersetzung, weil sie glaubt, damit der nationalsozialistischen Agitation vorbeugen zu können. Ueber diese Dinge will der Führer der deutschen Volkspartei, Dingeldey, morgen mit dem Reichskanzler reden.

Auf jeden Fall ist die politische Lage im Reich wieder außerordentlich ernst und vorläufig läßt sich noch gar nicht übersehen, in welcher Weise eine Klärung erfolgen soll.

Sozialdemokraten beraten mit den Gewerkschaften.

Berlin, 10. Juni. (Eigenbericht.) Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ist heute vormittags im Reichstag unter dem Vorsitz des Abgeordneten Breitscheid in einer Sitzung zusammengetreten. Der Vorstand hat sich mit der durch den neuen Notverordnung geschaffenen politischen Lage beschäftigt. Er erkennt die Notwendigkeit an, die Finanzen des Reiches, der Länder und der Gemeinden auf eine sichere Grundlage zu stellen. Der Vorstand ist aber der Auffassung, daß die zu diesem Zweck erlassene Notverordnung in einzelnen Teilen so harte Maßnahmen für die breiten Massen der Bevölkerung enthält, daß ihre Abänderung dringend erforderlich erscheint. Der Fraktionsvorstand wird zunächst mit dem Reichs-

kanzler in Verbindung treten, um festzustellen, inwieweit durch Verhandlungen die für notwendig gehaltenen Abänderungen erreicht werden können.

Am Nachmittag tagte der Vorstand des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes in Gemeinschaft mit den Vertretern der sozialdemokratischen Fraktionsvorstände. Die Stimmung bei den Gewerkschaften über die Notverordnung ist außerordentlich erregt; werden doch ganze Berufsgruppen in ihren Lebensinteressen bedroht, wenn die Notverordnung in ihrer jetzigen Fassung zur Ausführung kommen sollte. In einer sehr scharfen Entschlieung wurde das festgestellt und zugleich gefordert, daß die notwendigen Abänderungen vorgenommen werden.

Eine deutsche Erklärung zur Briand-Rede.

Innerhalb des Young-Planes Handlungsfreiheit.

Berlin, 10. Juni. (Conti-Rodr. Bureau.) Zu der gestrigen Rede des französischen Außenministers Briand in der Kammer wird von unterrichteter Seite darauf hingewiesen, daß sie in erster Linie innerpolitisch zur Abwehr der gegen Briand gerichteten Angriffe zu werten sei. Den Reuefertungen Briands über die Reparationsfrage, die den alten französischen Standpunkt darstellen, daß die Verträge immer nur dann ewig sein sollen, wenn es im Interesse Frankreichs liegt, wird in politischen Kreisen der Aufruf der Reichsregierung anlässlich des Erlasses der Notverordnung gegenübergehalten, in dem erklärt wird, daß die Voraussetzungen des Young-Planes sich als irrig erwiesen hätten und daß der Youngplan die erwarnten Erleichterungen nicht gebracht habe. Um Erleichterungen innerhalb des Young-Planes zu erreichen, habe Deutschland völlige Handlungsfreiheit. Für eine geplante Revision außerhalb des Young-Planes werden selbstverständlich Verhandlungen mit den Vertragspartnern notwendig sein.

Details aus Chequers.

London, 10. Juni. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ schreibt: In amtlichen Kreisen wurde gestern bestätigt, daß Macdonald wahrscheinlich und Henderson bestimmt binnen kurzem Dr. Brüning und Dr. Curtius in Berlin einen Gegenbesuch abstatten werden. Sollte die deutsche Regierung beschließen, den Plan eines baldigen dreijährigen Moratoriums bezüglich eines Teiles der Reparationen durchzuführen, so würde dieser Schritt wichtige Verhandlungen mit den alliierten Regierungen und dem beratenden Ausschuß

des Young-Planes notwendig machen, da der Young-Plan nur ein zweijähriges Moratorium und Suspension der halben Annuitäten vorsieht. Unter diesen Umständen dürfte eine Art internationaler Konferenz einberufen werden, da die Zuständigkeit des beratenden Ausschusses nicht ausreichen dürfte.

Der Korrespondent fügt hinzu, Henderson wünsche die Besprechungen in Berlin u. a. deshalb fortzusetzen, weil in Chequers sehr wenig über die Abklärung gesprochen worden sei. Allerdings sei in Chequers von dem geplanten Bau eines dritten deutschen Schlachtschiffes die Rede gewesen. Die deutschen Minister hätten erklärt, gegenwärtig seien sie nicht in der Lage, auf den Bau zu verzichten. Der bemerkenswerte militärische und politische Einfluss Frankreichs auf Zentral- und Osteuropa im Zusammenhang mit der Kleinen Entente sei ein weiterer Gesprächsgegenstand gewesen.

Paris, 10. Juni. Bertinax lehrt im „Echo de Paris“ zu den Beratungen in Chequers zu. Er erzählt hierzu, daß die britischen Minister in ihrem Widerstand gegen eine Revision des Young-Planes überaus entschieden aufgetreten waren. Sie erklärten, keinerlei Reduktion der Reparationszahlungen ohne vorherige Uebereinkunft und Billigung der Vereinigten Staaten zuzulassen zu können.

Die britischen Minister seien von der Berliner Reise nicht begeistert, hätten auch nicht ihr Datum festgelegt und auch nicht bestimmt, welche Persönlichkeiten diese Reise antreten werden. Ebenso hätten sie nicht die Absicht, die weiteren Verhandlungen über die Reparationsfragen in Berlin zu führen; sie trügen sich eher mit der Absicht, darüber in Genf zu verhandeln. Es sei jedoch eine Frage — schreibt Bertinax — ob Frankreich damit einverstanden sein werde, daß die Reparationsfrage vor allen 27 Staaten des europäischen Studienausschusses erörtert werde.

Briand als Schrittmacher Hitlers.

Die Antworten, die Briand in der außerpolitischen Kammerdebatte den Interpellationsrednern erteilt hat, zeigen — um im Bilde Briands zu bleiben, der von den zwei Deutschland sprach — die zwei Frankreich: es fehlt in ihnen keine der Bezeichnungen, die das friedliebende, also das „gute“ Frankreich, seit Jahren bei jeder Gelegenheit ausspricht, es fehlt keine der Phrasen, mit denen der Weg nach Locarno und von da nach dem Haag gepflastert war; aber der Eindruck in deutschen Kreisen muß doch der sein, daß in Briands Reden das Feindeslag, Schrotte, Bescheidende bei weitem überwiegt, daß er selbst, der jahrelang das „gute“ Frankreich repräsentieren wollte, nun das schlechte, nationalistische Frankreich vertritt. Was Genosse Léon Blum in der Diskussion nach der Präsidentenwahl den Radikalen und im besonderen ihrem Führer Herriot vorgeworfen hat, daß Zugeständnisse der Linken an die nationalistische Ideologie diese nur stärken und dem Friedensgedanken den Boden abgraben müßten, erweist sich jetzt auch als ein berechtigter und treffender Vorwurf gegen Briand selbst. Indem er den Herren Lorin und Franklin-Bouillon nach dem Wause redet, verhindert er nicht, daß diese seine Ministerchaft am Ende doch als „Schande für Frankreich“ erklären, aber er räumt ihnen wichtige moralische Positionen ein. Und vor allem spielt er dem deutschen Nationalismus die besten Trümpe in die Hand; das könnte man in Frankreich nach mehr als einem Jahrzehnt reicher Erfahrungen nachgerade begriffen haben!

Als die Deutschen den Schritt zur Zollunion unternahmen, wurde ihnen, was vielleicht nur Ungeschicklichkeit war, als böser Willen ausgelegt und aus einer wirtschaftlichen Frage eine politische gemacht. Nun sind die Deutschen nach Chequers gefahren, nicht überraschend und ohne jede Ueberrumpfung Frankreichs. Der Besuch ist auf Wunsch Briands sogar um fünf Wochen verschoben worden. Er war nicht mehr als eine freundschaftliche Aussprache deutscher und englischer Staatsmänner über Probleme, die beide Länder nahe angehen. Herr Briand hat es für nötig erachtet, auch über den Besuch in Chequers wie über einen feindseligen Akt zu reden und an die bloße Mitteilung, man könnte dort über die Revision des Young-Planes gesprochen haben, die Feststellung zu knüpfen, daß von einer Revision keine Rede sein könne, daß der Plan ein Definitivum darstelle und daß „zu einer neuen internationalen Reparationskonferenz noch ein weiter Weg sei“. Können Hitler und Goebbels eine bessere Auffassung ihrer Schlagerprogramme wünschen? Brauchen die rechtsradikalen Feinde der Regierung Brüning lange nach Argumenten zu suchen, wenn ihnen der französische Außenminister die Stichworte liefert? Was kann es in Deutschland auf Briands ewiges „Rein“ für ein Echo geben, als das Rein der fanatisierten, radikalisierten Massen, aus denen das ausländische und das einheimische Kapital die Milliarden preßt, die in die Taschen — gar nicht so sehr der französischen Kapitalisten — als der amerikanischen Bankiers fließen!

Der Herr Lorin hat von einem „pangermanischen Deutschland“ gesprochen, weil auf dem Breslauer Stahlbetontag nationalistiche Reden geführt wurden. Herr Briand hat entschuldigend und ausweichend geantwortet. Er hätte besser daran getan, seinen Kollegen zu erklären, daß der Stahlbeton nicht Deutschland, daß er keine Stütze des gegenwärtigen Regimes sei und daß es schließlich in Frankreich, in Italien, in Polen Dutzende ähnlicher Tagungen gegeben hat, bei denen dieselben Töne erklangen wie in Breslau. Gerade wenn man den deutschen Nationalismus und das militärische Gepränge und Klimbim des

Stahlhelm mit samt seinen excellenten und durchlauchtigen Papenzen von Madensien bis Friedrich August von Sachsen aufs schärfste verurteilt, wenn man diesen Herrschaften zeigt, welche Ernte ihre Saat jenseits der Grenzen reifen läßt, hat man auch das moralische Recht, die schulmeisterlichen Annagungen Briands zurückzuweisen. Herr Briand findet, was in Breslau gesprochen wurde, „bedauerlich und tadelnswert“ — das ist es von unserem Standpunkt auch — aber Herr Briand geht es einen Schmarren an; es ist nicht seines Amtes, die deutsche Regierung ununterbrochen auf Manifestationen dieser Art aufmerksam zu machen, sondern es wäre vielmehr seine Sache, den eigenen Nationalisten mutig die Stirn zu bieten und, wenn die Bogen über ihm zusammenklagen, in offenem Kampfe zu fallen. Wenn er einsieht, daß der Sturz der jetzigen deutschen Regierung für Frankreich nicht vorteilhaft wäre, dann sollte er es um so mehr vermeiden, den Sakentenzler Wind in die Segel zu blasen. Mit seinen Protesten und väterlich-strengen Ermahnungen macht er die Regierung Bröning lächerlich, entzieht er dem deutschen Vagabundus den Boden unter den Füßen. Eine Nation von 60 Millionen Menschen läßt sich nicht 13 Jahre nach dem Krieg noch als der Untergebene des siegreichen Nachbarn behandeln.

Briand ist so mutig gewesen, von einem „mächtigen deutschen Volk“ zu reden, dem man „den Platz gönnen müsse, der ihm gebührt“. Hätte er doch seinen Landsleuten einmal erklärt, welcher Platz Deutschland gebührt! Oder wird er selber es noch immer nicht wahrhaben, daß die Entwaffnung Deutschlands bei andauernder Aufrüstung der Nachbarn, daß die Zerstückung deutschen Landes durch den abernur „Korridor“ der Polen, daß die geradezu polizeiliche Überwachung Oesterreichs und die Aufrechterhaltung des Ausreisewortes, das zweierlei Völkerrecht, eines für die Sieger und eines für die Besiegten, giebt hat, daß all dies Deutschland von dem Platz, der ihm gebührt, mit Gewalt fernhält? Deutschlands Nachbarn verfügen über rund 4000 Kriegsflyzeuge, Deutschland darf nicht ein Militärflugzeug halten, jene haben Laufende Tanks, Deutschland nicht einen, jene haben Laufende schwere Geschütze, Deutschland einige hundert leichter Feldkanonen, Frankreich, Polen und die Tschechoslowakei halten rund eineinhalb Millionen unter den Waffen, Deutschland 160.000 Mann, sie haben mindestens zwölf Millionen Reservisten, Deutschland keine 500.000 Ausgebildeter. Wir reden selbstverständlich nicht der Aufrüstung Deutschlands das Wort. Aber Herr Briand sollte wenn er etwas für den europäischen Frieden und gegen Hitler tun will, die Aufrüstung Frankreichs und seiner Vasallen fördern. Es ist das jugkräftigste Argument des deutschen Faschismus, daß der schäbige Volkstrotz mehr Waffen hat als eine Großmacht, denn es ist schließlich nicht wahr, daß Deutschland, das deutsche Volk, kriegerischer oder gefährlicher sei als Serben, Rumänen oder Polen. Hat Herr Briand vergessen, daß man das deutsche Volk schmähtlich belogen,

daß man ihm den Frieden auf Grund der 14 Punkte Wilsons versprochen und nicht einen dieser Punkte gehalten hat, daß auch noch die Bestimmungen von Versailles, soweit sie für Deutschland günstig waren, wie die über Oberschlesien oder das Abrüstungsversprechen der Sieger, kalten Blutes verleugnet und gebrochen wurden? Es wächst in Deutschland eine Generation heran, die den Krieg bewußt nicht mehr miterlebt hat, der man einfach nicht mehr begreiflich machen kann, daß sie mehr als ein Menschenalter lang Tribute entrichten, daß sie in Europa ein Volk zweiter Ordnung repräsentieren, daß sie hinter dem letzten Vasallen Frankreichs zurückstehen soll.

Briand hat für den Fall eines Hitler-sieges in Deutschland die französische Intervention in Aussicht gestellt. Er lasse sich gesagt sein, daß diese Drohung niemanden mehr freuen wird als Hitler und niemandem mehr schaden wird als den Gegnern Hitlers. Deutschland hat doch wohl immerhin den Anspruch auf jenen Grad von Souveränität, den die Mächte im Juli 1914 für den Viermillionentat Serbien für unerlässlich hielten und dessen Verletzung halber sie das Schwert zogen. Im Namen der französischen Demokratie gegen Hitler zu intervenieren, dazu hätte nur eine wirklich demokratische, also eine sozialistische Regierung

Das Kaschauer Handgranatenglied.

Sind wirklich alle Vorbeugungsmaßnahmen getroffen?

Der Wehrausschuß des Senates beschäftigte sich gestern früh mit der vom Verfassungsausschuß mit einigen Änderungen rüchbermittelten Vorlage über die Dienstzeit der Militärschüler und beschloß auf der vom Wehrausschuß beschlossenen Fassung zu verharren. Dann ergriff ein längerer eingehende Debatte über das jüngste Handgranatenglied bei Kaschau. In der Debatte verwickelte u. a.

Genosse Joff

darauf, daß sich bei uns mit einer erschreckenden Regelmäßigkeit seit dem Jahre 1923 derartige Unglücksfälle ereignen, obwohl wiederholt auf eingebrachte Interpellationen die Erlassung strenger Vorschriften zur Verhinderung derartiger Unfälle versprochen wurde. Genosse Joff verlangt die strengste Bestrafung der Kommandanten, die diese Vorschriften nicht einhalten, und die Unterjüngung der Angehörigen der Opfer. Die sozialdemokratischen Mitglieder des Ausschusses brachten auch einen Antrag ein, der die strengste Unterjüngung des Voralles und die Vorlage eines Berichtes fordert; und der auch angenommen wurde. Im Verlauf der Debatte wurden ferner auch verschiedene Mißstände in den militärischen Werkstätten aufgetroffen.

Minister Viktorov

gab bekannt, daß er sofort angeordnet habe, die administrative Untersuchung mit aller Strenge und Beschleunigung durchzuführen und auch das gerichtliche Verfahren zu eröffnen, um die Schuldfrage objektiv zu klären, künftig entsprechende Maßnahmen vorzusehen und die eventuell Schuldigen streng zu bestrafen. Mit Rücksicht auf die eingeleitete Untersuchung müsse sich der Minister auf einen vorläufigen Bericht beschränken. Er erklärte weiter, daß den Angehörigen der tödlich verunglückten Kin-

Frankreichs das Recht, eine die auch den Mut aufbrächte, gegen Mussolini, Pilsudski, Zivkovic oder Carol zu intervenieren. Herr Briand, der diesen nicht den Weg zur Macht verlegt hat und ihnen bei keiner ihrer Ausschreitungen in die Parade gefahren ist, darf sich auch in innerpolitische Angelegenheiten Deutschlands nicht einmischen. Wahrscheinlich läte er es im Ernstfall auch nicht. Zudem er es aber androht, leistet er Hitler den größten Dienst, den er ihm im Augenblick überhaupt leisten kann. Daß der Breslauer Stahlhelmtag bei den französischen Nationalisten ein nationalistisches Echo auslösen würde, hat man erwartet; daß auch Briand glauben würde, so grob und noch kräftiger zurückbrüllen zu müssen, als er angehaucht wurde, ist ein kaum wieder aus zu machender Fehler. Herr Briand trägt seinen Teil dazu bei, wenn die deutschen Dinge einen ihm und uns unerwünschten Verlauf nehmen. Und er wird es auf solche Weise bald erreicht haben, daß sein Abgang nicht nur von der französischen Rechten bejubelt, sondern auch von der deutschen Linken ohne Trauer quittiert wird.

Ein französischer Passist, der Hitler die Trümpele zuspielt, kann uns deutschen Demokraten und Sozialisten gestohlen werden, und sei's von Franklin-Bouillon, an dem wir wenigstens keine Hoffnung zu verlieren haben!

der die Begründungen erzeit werden; auch die Ansuchen um Entschädigung und Schmerzensgeld würden entgegenkommend erledigt werden. Er schilbert dann ausführlich die in der Umgebung von Scharschickpöhlen getroffenen Maßnahmen, die in strenger Abfertigung, Belehrung der Bevölkerung und der Schuljugend usw. bestehen. Leider würden diese Belehrungen von der Bevölkerung wenig beachtet. Es sei alles (?) vorgekehrt, was in menschlichem Ermessen liege, um derartige Unfälle zu vermeiden. Die Militärverwaltung werde in den nächsten Tagen in neuen Erlassen die Bestimmungen über die Vermeidung von nicht explosionsfähigen Geschossen und Handgranaten nachdrücklich in Erinnerung bringen; künftig werde ein solches Ausschickorgan bei jeder Scharschickpöhlen über die genaueste Einhaltung dieser Vorschriften wachen. Nach Abschluß des Berichtes wird der Minister dem Ausschuss einen bestimmten Bericht erstatten.

Der Ausschuss beschloß hierauf, den Angehörigen der Verunglückten das tiefste Beileid auszusprechen und die Militärverwaltung zu ermahnen, die Untersuchung mit aller Beschleunigung durchzuführen, die Schuldigen zu bestrafen und den Opfern der Katastrophe, bezw. deren Angehörigen entsprechende Entschädigungen zu gewähren.

Hilfe für die Selbstverwaltung.

Der Klub der tschechischen sozialdemokratischen Abgeordneten hat sich dieser Tage mit den Investitionsarbeiten der Selbstverwaltungskörper befaßt, auf die mehr als die Hälfte aller Investitionen der öffentlichen Körperschaften entfällt. Diese Investitionsarbeiten können nicht in dem Umfang durchgeführt werden, wie es notwendig wäre und wie es die Selbstverwaltungskörper wünschen, weil die Krise der Finanzen auf den Selbstverwaltungskörpern schwer lastet. Soll es nicht zu einer Stagnation der Investitionsarbeiten der Selbstverwaltungskörper kommen, müssen folgende Maßnahmen getroffen werden:

1. Den Gemeinden muß es möglich gemacht werden, Investitionsanleihen abzuschließen. Das Gesetz 169 aus dem Jahre 1930 sollte dies bereits ermöglichen, aber die geltende Praxis erschwert den Abschluß von Kommunalanleihen außerordentlich. Ohne Anleihen aber können die Gemeinden nicht bauen. Es muß daher den Gemeinden eine Erleichterung beim Abschluß von Anleihen gewährt werden.

2. Der Selbstverwaltung muß zur Deckung des Defizites der Voranschläge ein Beitrag von ungefähr 500 Millionen Kronen zur Verfügung gestellt werden.

3. Den Bezirken muß eine Ausschilfe gewährt werden für den Bau von Straßen.

4. Es muß den Selbstverwaltungskörpern die Möglichkeit gegeben werden, die produktive Arbeitslosenunterstützung in stärkerem Maße auszunutzen.

Der Klub der tschechischen sozialdemokratischen Abgeordneten, erklärt sich weiter dessen bewußt zu sein, daß nur durch eine Novellierung der Gesetze 77-27, 125-27 und 169-30 der Notlage der Selbstverwaltung abgeholfen werden kann.

Die Krise der Selbstverwaltungsfinanzen.

Schlüsse des böhmischen Landesauschusses.

Die Gemeinden und Bezirke in Böhmen haben seinerzeit ihre Voranschläge dem Landesauschuss vorgelegt und es wurden nur die Voranschläge genehmigt, welche sich im Gleichgewicht befanden. Diejenigen Voranschläge, welche nicht im Gleichgewicht waren, wurden zurückgestellt und mußten umgearbeitet werden. Nun wurde in der gestrigen Sitzung des Landesauschusses festgestellt, daß es einzelnen Selbstverwaltungskörpern nicht möglich ist, das Gleichgewicht in ihren Budgets herzustellen, wenn auch nur die vertraglichen und gesetzlichen Verpflichtungen und die Zuschüsse des Landes berücksichtigt werden. Dies ist namentlich bei den Bezirken der Inn- und Westböhmen der Fall, wo der Regierung vorgelegt werden wird, vollständig vorliegt.

Der Landesauschuss hat nun angelehnt die folgende folgende Maßnahmen beschloffen:

1. Die Voranschläge, welche im Gleichgewicht sein werden und in denen die Ausgaben, welche gesetzlichen Verpflichtungen oder einem Rechtsmittel entsprechen, berücksichtigt sind, werden genehmigt, die Zuschüsse bewilligt und der Landesauschuss wird zur Auszahlung gebracht.

2. Die Zuschläge, welche richtig nach dem Gesetz beschloffen sind, werden bewilligt, selbst wenn der Voranschlag nicht im Gleichgewicht ist. Allerdings muß der Betrag ausschließlich zur Begleichung jener Ausgaben verwendet werden, die auf einem Rechtsmittel und auf gesetzlichen Verpflichtungen beruhen.

3. Die vom Landesauschuss nach § 11 des Gesetzes 169-30 bereits bewilligten Zuschüsse werden in prozentuellem Ausmaß sofort ausbezahlt, sobald der Landesauschuss das Geld angeleihen werden wird, und zwar auch denjenigen Bezirken und Gemeinden, deren Voranschlag sich nicht im Gleichgewicht befindet (hiebci gilt dieselbe Einschränkung, wie in Punkt 2).

4. Dem Landesauschuss wird empfohlen, die Richtlinien für die Bewilligung von Anleihen, insbesondere von Investitionsanleihen, so zu revidieren, daß insbesondere diese Art von Anleihen entgegenkommender bewilligt werden und den Selbstverwaltungskörpern die Investitionstätigkeit ermöglicht wird.

Was die Landesauschüsse betrifft, wurde beschloffen an der bisherigen Praxis festzuhalten.

Hinter englischem Staheldraht.

Von August Wostupatsch.

Kochbuch verboten. Alle Rechte vorbehalten.

Halef, wie viele von uns wird man noch denselben Weg führen, bis weniger geduldig sind wie du? — und ich fühle bis in den Hals hinauf die hart pochenden Herzschläge.

In Begleitung der üblichen Wachmannschaft kommen etwa vierzig Tücken, und sechs von ihnen nehmen nach einem undeutlich gemurmelten Gebet den zugemachten Satz auf die Schulter, rennen an dem auf der Straße stehenden Wagen und an den nichtsahnenden Soldaten vorbei und die andern, in ein gelendes Klagegeschrei ausbrechend, folgen.

Ich schaue in die verdunkelten Gesichter der alten Tommys, die da herumgestikulieren und rufen, mit gestülptem Gewehr den letzten Teil des Tages noch aufhalten können, und denke an Halef — glaube ganz deutlich sein schadenfrohes Lachen zu hören und sein „Thats god, o verry gob“.

Ein paar Soldaten fluchen und rennen nach, aber nach einigen Lauffritten bleiben sie stehen. Sie wissen, die dort schreiend um die Ecke verschwinden, können nicht weit kommen, bestimmt nicht ohne Rücksicht nach dem Friedhof.

In drei Wochen geht ein Austauschtransport nach Holland und einer der Kranken, nicht mehr Militärdienstfähigen nach Deutschland.

Ich quäle jeden Tag den Herrn, er möge mich auf die Liste setzen, möge veranlassen, daß ich dem Arzt der „Home Office“ vorgeführt werde. Doch der Alte hält genau so fest und ruhig meine Hand, wie er die des Oesterreichers gehalten hat und „hui loof herr: Mit Oesterreich besteht kein Austauschvertrag und obendrein bist du Seemann und Seeleute haben erst dann Aussicht auf Repatriierung, wenn sie invalid sind.“

Ich kenne haltlos in das Kopfstücken, der Gedanke, nicht mehr heimzukommen, hier bleiben und sterben zu müssen, trallt sich in das Gehirn und ich höre nicht die weiteren Worte des Doktors. — Weich nur in einer das Denken anschließenden Angst, daß erst Krüppel oder für das ganze Leben Gezeichnete heimkehren können, und ich verweigere das Wittgeffen, lasse das Abendbrot stehen und auch das am nächsten Morgen gedrohte Frühstück bleibt unberührt. — Doch für diese kindische Selbstquälerei hat der Herr nur ein Schelzchen und die Frage Oberbahren, ob ich nicht „an Spogot zum Aufheben“ oder „a poor sterke Laufpüll'n will, dom-it's schneller geht“, endet den knapp begonnenen Hungerstreik.

Ein eifriger Sturmwind peitscht einem den Regen ins Gesicht, daß man kaum einige Schritte sehen kann. — Amiel und ich klopfen durch den knöcheltiefen Dreck nach Camp II, wo sie heute Anzengrubers Volkstanz „Den Bortter von Kroschfeld“ spielen.

„Wo ist die Schmach, die die Kraft verzehrt, und wo das Grauen vor dem kommenden Morgen?“

lachen und hoffen können, ist Verdienst deder, die dort oben ihr Bestes geben, die immer unbedröffen und von einem beweisenden Optimismus durchdrungen, die schwierigen Stücke einpaufen, und viele der Internierten werden erst hier mit Klafferverlehen vertraut.

Camp I und IV haben die besten Darsteller. Hofner, Meyer, Frisch, Gustav Storch haben ein unbestreitbares Verdienst, daß Tausende nicht dem Trübsinn und einem nervenzerschütternden Grinsen verfallen sind, halbwegs gesund die Insel verlassen.

Die Säber liegt zum erstenmal der Frost auf der an die Straße angrenzenden Wiese und frühmorgige Mäden schweben lautlos über die noch regungslosen Compounds.

Seit Stunden liege ich wach und seit Stunden presse ich die geballte Faust fest um den Daumen und denke immer nur an die am Vormittag fallende Entscheidung.

Gestern, noch in den Abendstunden ging der Arzt der „Home Office“, begleitet vom Herrn, durch die Spitalräume und küsterte ihnen ihn der Letztere auf mich aufmerksam zu machen. Dann, nach Augenblicken, in denen ich nichts anderes hörte als nur die unregelmäßig klopfenden Herzschläge, standen beide an meinem Bett und ich verlor das Gesicht zur wehleidigsten Wiene. — Ein scharfer Ruck und der über die Wunde geklebte Verband lag an der Seite ein Trud nahe an der Wundstelle, ein harter Griff um das schlaß um den Knochen hängende Fleisch und dann im Fortgehen ein zustimmendes Kopfnicken.

Vor der Spitaloffize steht eine lange, fast endlose Doppelreihe; alle, die hier in Angst und Hoffnung stehen, haben blasse, eingefallene Gesichter, die wenigstens eine gesunde Lunge. Immer zehn auf einmal betreten den Raum und unheimlich flott geht die Untersuchung vonstatten. Die Befunde, die der in General-

uniform stehende Arzt diktiert, sind nur seinem Begleiter verständlich und der ganze Prozeß vollzieht sich lautlos. Jede Bitte wird überhört, nur selten eine Frage gestellt.

Von allen im Spital Sitzenden werden nur heden untersucht und auch von diesen weiß keiner, ob er zu den Glücklichen gehört, die noch vor dem Ende des Krieges die Insel und mit ihr die ganze Staheldrahtinsere verlassen.

Die vierten Weihnachtstage hinter dem Drahtzaun. — Wo ist die Zuversicht, mit der wir in Durenstern jede „Bairnedesche“ aultierten, wo die siegesichere Ueberzeugung, mit der wir im Alexandra Palace schon das „Fell des Bären“ teilten und wo die würstige Erhabenheit, mit der wir hier auf der Insel alles Unangenehme erduldeten?

Die von zu Hause kommenden Briefe sprechen eine Sprache, die wir in Angst und Geduld, in frustriertem Warten und Hoffen lernten. — Die ist uns vertraut, denn die aus ihnen ersiehende Sehnsucht nach Frieden ist unter jeder Denker und Sehner.

Als toter Klutball liegt die Sonne tief über der irischen See; so tief, daß die feine, schwarze Spitze des Leuchturms von Peel in sie hereinwächst. — In dem nachdunkelnden Samt des Himmels ein Glitzern und Funken, als gebe es unter ihm weder Nord noch Trug.

Bejahrung? — Doch; für jeden gibt es ein paar Rüsse und Kersch, gibt es Pfeifenlab oder Zigaretten, für alle gibt's Pudding. — Wir, die aufstehen dürfen, sitzen in einem Kreis und der zivile Leiter des Spitals, Gefangen wie wir, spricht über das von der ganzen Welt vollen Welt gefeierte Friedensfest. Heute, nach Jahren des Kriegeschlusses, ist es nicht mehr möglich, den genauen Wortlaut wiederzugeben. Aber, was dort neben den kleinen, brennenden Bäumchen langsam gesprochen wurde, war uns nicht fremd; so dachten wir alle.

(Fortsetzung folgt.)

Massenangebot an Diktatoren.

Zromme Wünsche der rheinischen Industriellen.
 Berlin, 10. Juni. In den Gerüchten über Diktaturpläne gewisser Kreise teilt heute das „Berliner Tageblatt“ mit:
 An informierten Stellen des rheinisch-westfälischen Industriebezirks weiß man, daß seit längerer Zeit von gewissen Kreisen im Zusammenhang mit der Umbildung des Reichsministeriums die Schaffung eines „Generalstabes der Wirtschaftsführer“ angestrebt wird, der mit allen Vollmachten ausgestattet werden soll. Man hört auch eine Reihe von Namen der in Aussicht genommenen Mitglieder dieses Gremiums der Wirtschaftsführer nennen. Die Mehrzahl dieser Persönlichkeiten sind Mitglieder des unter dem Titel „Kuhlschilde“ bekannten Industriellenklubs, der in der letzten Zeit wiederholt auf der Kruppischen Villa „Hügel“ in der Nähe von Essen getagt hat. Als Vorsitzender dieses Wirtschaftsministeriums soll der ehemalige Präsident der Reichsbank, Dr. Schmidt, auszuwählen sein. Ferner wird bekannt, daß bei der letzten Anwesenheit Hitlers und Seelers im Industriegebiet der Plan eines Wirtschaftsgeneralstabes, als dessen Urheber Eugen Bergmann genannt wird, eingehend erörtert wurde. Daß in den betreffenden Kreisen selbst verifiziert wird, diese Gerüchte entbehren jeder Begründung, will bei der Natur der ganzen Angelegenheit natürlich nicht viel besagen.

Einigung in Geni

Über die Arbeitszeit im Braunkohlenbergbau.

Genf, 10. Juni. Nach schwierigen Verhandlungen, in deren Verlauf das Zustandekommen einer internationalen Konvention über die Arbeitszeit in den Kohlenbergwerken mehrfach in Frage gestellt war, ist heute in der Kohlenkommission der internationalen Arbeitskonferenz eine Einigung bezüglich der Braunkohlenbergwerke erzielt worden. Angesichts des Widerstandes der Bergarbeitergruppe gegenüber den deutschen Ueberstundenforderungen hatte die deutsche Regierung heute nachmittags einen neuen Antrag eingebracht, der materiell die von der deutschen Regierung gestellten Forderungen aufrecht erhält, in der Verteilung der Ueberstunden auf solche, die ohne weiteres, und solche, die nur auf dem Wege tariflicher Vereinbarung zulässig sind, aber den Forderungen der Arbeitergruppe entgegenkommt. Die vorgeschlagene Regelung stellt sich nach den deutschen Vorschlägen so dar, daß im Braunkohlenbergbau 70 wirtschaftliche Ueberstunden den Unternehmern durch die Behörden zur Verfügung gestellt werden können, daß die zuständigen Behörden weitere 70 Ueberstunden, für die aber tarifliche Vereinbarungen notwendig sind, zustellen können. Diese zusätzlichen 70 Ueberstunden sind aber nur für solche Distrikte zulässig, wo besondere geologische Ausbeverhältnisse vorliegen. Für den Braunkohlenbergbau sind gemäß den deutschen Vorschlägen 100 Ueberstunden ohne weiteres zulässig, 100 weitere Ueberstunden bedürfen der Zustimmung der Tarifparteien.
 Die Abstimmung über die deutschen Vorschläge wurde auf Donnerstag vertagt. An der Annahme dieser Vorschläge wird nicht gezweifelt. Das Zustandekommen der Konvention scheint demnach gesichert zu sein.

Mussolini bedauert, entschuldigt sich aber nicht.

Rom, 10. Juni. Die italienische Regierung sandte dem Vatikan eine Note, in welcher sie die beiden schriftlichen Beschwerden des Papstes beantwortet. Die Privatberichterstatter der Blätter melden, ist die Note der italienischen Regierung in einem sehr verächtlichen Geiste abgefaßt, hält aber daran fest, daß der Papst das Lateran-Abkommen und das Konkordat durch seine Äußerungen verletzt hat. Betreffend die Beschwerden über Gewalttätigkeiten spreche die Note der italienischen Regierung Bedauern aus, aber keineswegs ihre Entschuldigung aus. Außerdem betont die Note neuerdings, daß die vor kurzem aufgelösten katholischen Vereine auch eine politische Tätigkeit entfalten haben.
 Obwohl demnach diese Note der italienischen Regierung weder eine Entschuldigung, noch die Forderung einer Abhilfe enthält, wie dies die Schreiben des Papstes verlangt hatten, so erwartet man denn doch in Rom allgemein, daß sie die Grundlage für eine Regelung des ganzen Konfliktes bilden wird. Inzwischen haben sich die Mitglieder der aufgelösten katholischen Organisationen zu neuen Vereinigungen zusammengeschlossen, welche die Bezeichnung „Katholische Repräsentanten“ führen und von der Vatikanregierung geleitet werden. Bekanntlich hat die italienische Regierung zu verstehen gegeben, daß sie wegen derartige Vereinigungen keine Einwendungen zu erheben hätte.

Streikunruhen in Spanien.

Madrid, 10. Juni. Nach Meldungen aus Oviedo sind die Besprechungen mit dem Zwickauerneuert zwecks Beilegung des Streiks abgebrochen worden. In einigen Bergwerken wurden Sprengstoffpatronen zur Explosion gebracht, die jedoch keinen Schaden anrichteten. Dagegen soll es in dem Bergwerk von San Benigno zu einer Schießerei zwischen streikenden Bergarbeitern und Streikwilligen gekommen sein, bei der angeblich über hundert Schüsse gewechselt wurden. Mehrere Einzelheiten fehlen.

Die Pensionsversicherungs-Novelle für das Plenum fertig.

Im Ausschuss alle Parteien bis auf die Kommunisten dafür.

Prag, 10. Juni. Der sozialpolitische Ausschuss des Abgeordnetenhauses hat in seiner gestrigen Sitzung das für die Angestellten ungenügend wichtige Gesetz über die Einrechnung der Hälfte der nicht versicherten Dienstzeit in die Pensionsversicherungsgrundlage angenommen. Damit wird eine alte Forderung der Angestellten erfüllt, deren Verwirklichung bereits durch Initiativanträge der sozialdemokratischen Abgeordneten verlangt wurde und wofür sich auch Abgeordnetenhäuser und Senat schon vorher in Resolutionen ausgesprochen haben. Zu Beginn des vorigen Jahres hat nun das Ministerium für soziale Fürsorge die ehemals bestandene Kommission zur Novellierung des Pensionsversicherungs-Gesetzes beauftragt, entsprechende Anträge auszuarbeiten. Das ist auch geschehen und im Ministerium für soziale Fürsorge wurde nun der Gesetzentwurf ausgearbeitet. Danach wird für gewisse Schichten von Angestellten die nichtversicherte Dienstzeit vor dem 1. Jänner 1909, für andere Schichten die Dienstzeit vor dem 1. Oktober 1914 und 1. Juli 1920 und für alle Versicherten in der Slowakei und Karpathenland vor dem 1. Jänner 1922 eingerechnet. Die Hälfte aller bei der Pensionsanstellung versicherten Angestellten erfährt dadurch eine Erhöhung ihrer Rentenbezüge. Die Kosten dafür werden teils durch eine Erhöhung der Prämien herbeigeholt, die sich zwischen 3 und 5,5 Prozent bewegt, der Rest wird von der Pensionsanstalt selbst aufgebracht.

Abgesehen von der großen sozialpolitischen Bedeutung, die eine Erhöhung der Renten gerade für die älteren Angestellten hat, muß man die volkswirtschaftliche Bedeutung hervorheben, welche das Gesetz gerade im gegenwärtigen Moment haben wird. Durch die Erhöhung der Renten wird es nämlich vielen Angestellten überhaupt erst möglich gemacht, in Pension zu gehen und

dadurch eine Entlastung auf dem Arbeitsmarkt der Angestellten herbeigeführt werden, die außerordentlich notwendig ist.

Die neuerliche Verbesserung der Pensionsversicherung der Angestellten zeigt wieder, mit welcher Energie und Fähigkeit im Ministerium für soziale Fürsorge am Ausbau der Sozialpolitik gearbeitet wird.

Der Regierungsentwurf über die Einrechnung der nicht versicherten Dienstzeit stand heute in Anwesenheit des Fürsorgeministers im sozialpolitischen Ausschuss des Abgeordnetenhauses zur Debatte. An das Referat des tschechischen Senatoren Klein knüpfte sich eine längere Debatte, die erst am Nachmittag abgeschlossen wurde. Für unsere Fraktion sprach Genosse Schäfer, der erklärte, daß zwar nicht die Wünsche aller Gruppen der Angestellten berücksichtigt werden konnten, daß aber der in eifrigen Beratungen der Vertreter der Angestellten und der Unternehmer zustandegekommene Entwurf immerhin einen fühlbaren Mangel des bisherigen Pensionsversicherungs-Gesetzes beseitige.

Bemerkenswert war, daß außer den Kommunisten alle übrigen Debattierenden zugaben, daß die Vorlage ein sozialpolitischer Fortschritt sei. Bei der Abstimmung stimmten auch die Vertreter aller Parteien mit Ausnahme der Kommunisten für die Vorlage, die mit einer kleinen vom Referenten selbst beantragten Änderung hinsichtlich der Erbschaften angenommen wurde. Außerdem wurde eine von Genossen Zaverle beantragte Resolution angenommen, wonach bei der Ausarbeitung der Durchführungsverordnung die Vertreter der Gewerkschaften gehört werden sollen.

Die Vorlage wird nunmehr in Druck gesetzt und schon in den nächsten Tagen dem Plenum des Hauses vorgelegt werden.

Arbeitsgerichte verabschiedet.

Prag, 10. Juni. Der Senat verabschiedete heute mittags zunächst die Vorlage über die Einführung von Arbeitsgerichten anstelle der bisherigen Gewerbegerichte, über deren Bedeutung wir bereits gestern im Anschluß an die Rede des Genossen Palme ausführlicher berichteten. Heute sprachen hierzu noch weitere drei Redner, darunter zwei Kommunisten.

Mikulic (Kommunist) läßt an der Vorlage natürlich kein gutes Haar und erklärt sie für eine verfehlte Kopie des österreichischen Gesetzes über die Gewerbegerichte, die der Arbeiterschaft keinen Vorteil bringen werde.

Ueber Antrag des Referenten wird dann die Vorlage in beiden Lesungen angenommen, und zwar mit einer von den Koalitionsparteien beantragten Änderung des § 11; der Absatz 3, der festsetzt, daß ein Beisitzer des Arbeitsgerichtes von seinem Dienstgeber nicht deshalb entlassen werden kann, weil er durch die Ausübung dieser Funktion seine Beschäftigung vernachlässigt, oder weil er diese Funktion in einer bestimmten Art ausübt, wird noch durch die Bestimmung ergänzt, daß

einen Schritt über die Klage eines Besitzers, die innerhalb von 30 Tagen nach der Benachrichtigung von der Entlassung überreicht wurde, das Arbeitsgericht entscheidet, bei dem der betreffende Beisitzer bestellt ist.

Die übrigen Änderungsanträge wurden abgelehnt. Dann referierte Dr. Karas über den Regierungsentwurf, über

die Prüfung und Bezeichnung von Handfeuerwaffen und Patronen.

Im wesentlichen wird das bisherige, 10 Jahre alte Gesetz den modernen Verhältnissen angepaßt und aktualisiert. Die Vorschriften über die Prüfung der Handfeuerwaffen beziehen sich nicht auf militärische Waffen, bzw. auf militärische Lieferungen für fremde Staaten. Geprüfte Waffen werden mit einem amtlichen Stempel versehen. An die Durchführung des Gesetzes zu überwachen, werden Hausjuristen bei den Erzeugern und Händlern zugelassen; zuständig ist hierfür das Arbeitsministerium. Die Vorschriften über die Prüfung werden im Besondere erlassen.

Während früher bei der Prüfung nur Schwarzpulver vorgeprüft war, wird jetzt das fast allgemein übliche rauchlose Pulver Verwendung finden. Auch über die Prüfung von Patronen werden analoge Vorschriften erlassen. — Die Vorlage, die erst am 1. Jänner 1932 in Kraft tritt, wird ohne Debatte angenommen.

Eine Immunitätsangelegenheit des Senatsrichters (§ 14 des Schutzgesetzes) wird über Antrag des Genossen Dr. Holischer an den Ausschuss rückverwiesen. Zwei Auslieferungsgesuchen gegen Mikulic wird nicht stattgegeben. Nach Annahme verschiedener Fristverlängerungen wird die Sitzung um 1 Uhr 20 geschlossen. Die nächste Sitzung wird auf schriftlichem Wege einberufen werden.

„Variationen über Kubat“.

So betitelt der „Tag“ vom 6. Brachet (auf gut jüdisch Juni) seinen „Leitartikel“, der im Gegensatz zur Meinung der dakenkreuzerischen Landesvertretungsfraktion, welcher Bg. Gebauer unter Berufung auf den heiligen Antonius und auf Tacitus so prächtig Ausdruck verliehen hat, gegen den sogenannten Trampelstap gerichtet ist. Wäre es nicht zu traurig, daß es Menschen gibt, die dieses Blatt ernst nehmen, das um den Kubat herumgeht wie um die Brechung der Jungsnechtstafel, also wie die Käse um den heißen Brei, müßte man seinen Herausgebern zu großer Dankbarkeit verpflichtet sein. Nicht nur weil sich jeder gute Mensch freut, daß sich diese Schriftleiter durch ihre jeden „Tag“ dokumentierte geistige Mittellostigkeit, nach dem bekannten Versprechen der Bibel, ein sicheres Anrecht auf die Seligkeit verschaffen, sondern vor allem schon wegen der großen Dummheit, die uns die Lektüre des „Tag“ und seiner aus unbedingten Gründen „Kopffblätter“ genannten zweiten Garnituren schon hinieden bereitet.

Kubat ist nicht nur ein Mann, den schon sein Name zum Rastführer prädestiniert (er müßte ihn freilich noch mit einem treulichen Zepp ergänzen) — Kubat, das ist vor allem ein Begriff der Moral. Und um die ist es den Kazi, wie das Beispiel des „rauben Kämpfers“ Wahlst zeigt, ernst. Und darin, daß es ihnen um etwas ernst ist, haben die Kazi keine Übung, da wissen sie nicht, ob sie dafür oder dagegen sein sollen. Ende Wonnemond stellt sich Bg. Gebauer „voll und ganz hinter den Landespräsidenten, wobei er

sich auf Belsche wie Tacitus und Antonius von Padua beruft, an deren rassistischer Rinderwertigkeit doch nicht zu zweifeln ist. (Das ist ihm sicher nur unterlaufen, weil ihm das im Wonnemond ganz besonders an Hitler- und Goebbelsreden gemahnende Konzert der brünstigen Kater, nervös gemacht haben mag.) Anfang Brachet aber schreibt der „Tag“ unter Aufwand seines ganzen Witzes (das ist nicht viel) gegen den Kubat und beruft sich dabei auf das rassistische einwandfreie Vorbild der Zarrenbadchosen der deutschen Reichswehr und auf das Radikalen in Schweden, was sich die Schweden, da der Wahlst bei uns und nicht bei ihnen haust, wirklich ohne weiteres leisten können. Wofür sollen sich nun die „schlichten Arbeiter“, die den „Tag“ lesen, entscheiden? Für Bg. Gebauer, der dafür eintritt, auch durch die Schlüsselöcher der Hotels zu schauen — das wäre eine nette Betätigung für die Braunbenden, die zwar nicht Deutschland, aber manchen Zepp aus unerläutetem Beischlaf erwachen ließen — oder für die Schriftleitung des „Tag“, die den Gendarmen ihr wohl erworbenes Recht objektiv und sie nicht einmal in die Kette guden lassen will?

Doch eh' die Armen sich noch entschieden haben konnten, hat bereits die berufliche Stelle das Wort ergriffen — die „Deutsche Presse“. Diese Zeitung, die sich als christlich-soziales Zentralorgan hauptsächlich mit der sittlichen Entrüstung beschäftigt und im Nebenamt nicht ohne Erfolg bemüht ist, dem „Tag“ seinen Rang als Hauptorgan der Grubenbunde abzulassen (wir erinnern an die „Pubertöse Subcomens“ und die „Soziologie des Klapperstorchs“) die „Deutsche Presse“ also liebt den „Tag“ wegen seiner Untrug gegen Kubat ganz

Einnahmerrückgang bei den Staatsbahnen 12,5 Prozent.

Gestern trat in Prag der Zentralfestbahnrat zu seiner konstituierenden Vollversammlung zusammen. Der Eisenbahnminister Mlsoch erläuterte ein längeres Exposé über die Lage der Staatsbahnen, in dem er darauf verwies, daß die Verkehrseinnahmen der Bahnen im Jahr 1930 gegenüber dem Vorjahre um 12,5 Prozent gesunken sind. Auch die übliche Steigerung der Verkehrsintensität in der Winterkampagne brachte darin keine Besserung. Der Rückgang der Einnahmen dauerte auch in den ersten drei Monaten des heurigen Jahres an; er sei aber nicht als Symptom einer weiteren Verschlechterung der Wirtschaftslage zu werten, da in denselben Vergleichsmonaten des Vorjahres die Krise sich noch nicht derartig gezeigt habe wie im zweiten Halbjahr und heuer.

Ohne Lügen gehts bei den Kazi nicht. In der Mittwochfolge des „Tag“ wird in einem Bericht über eine Hakenkreuzparade in Wien, an der ganze 1200 Personen (laut „Tag“) teilnahmen, u. a. gesagt:

„Der Verrat der Krazisten am Sozialismus.“

Dr. Kiehl setzte dann auseinander, daß es Pflicht eines sozialistischen Partei gewesen wäre, den Hiffern der Kreditbank den anzunehmen, um dem Staat, das ist dem Volk, durch die 100 Millionen Schilling, die er beisteuern soll, die Verstaatlichung des Bankwesens und drei Viertel der österreichischen Großindustrie zu ermöglichen. Das wäre jetzt die Gelegenheit gewesen, um dem Sozialismus zum Durchbruch zu verhelfen. Entweder sind wir Sozialisten oder nicht! Die Sozialdemokraten haben bewiesen, daß sie es nicht sind.

Herr Kiehl hat also in dieser Versammlung über die Sanierung der verfallenen Kreditbank gesprochen und dabei zu beweisen versucht, daß die Sozialdemokraten keine Sozialisten sind. Es gelang ihm aber nur der Beweis, daß die Hakenkreuzler Schwinder sind, denn was hier das nationalsozialistische Zentral-Grubenbundeorgan seinen Lesern vorlegt, ist eine ebenso niederträchtige wie dumme Lüge. Gerade die Sozialdemokraten waren es, die durch ihren Sprecher Dr. Otto Bauer die Forderung der Verstaatlichung der Kreditbank stellten. Leider wurde diese Forderung von den Bürgerlichen, die auch in Österreich die Mehrheit sind, abgelehnt, und es ist sehr kennzeichnend, daß die Kazi für die Ablehnung der sozialdemokratischen Forderung wiederum nicht die Bürgerlichen, sondern die Sozialdemokraten verantwortlich machen. Das ist aber bei den Kazi eigentlich nichts neues mehr. Diese famosen „Sozialisten“ machen ja überall den Bürgerlichen die Mauer, indem sie wegen jeden Verdröckens, das von bürgerlichen Parteien begangen wird, die Sozialdemokratie anklagen. Es fragt sich nur, ob die „jüdischen Drebe“ der dakenkreuzerischen Demagogen auf die Dauer Erfolg haben werden.

Erfolgreiche Gemeindevwahl in Kofititz. Bei den Gemeindevahlen in Kofititz, die am 31. Mai stattfanden, hat unsere Partei zwei Mandate erobert, was einen Zuwachs von einem Mandat gegenüber dem bisherigen Stande bedeutet. Bemerkenswert ist, daß wir in dem Ort bei den Parlamentswahlen 1929 29 Stimmen, bei den letzten Gemeindevahlen jedoch 50 Stimmen erhielten.

Arbeiter, kümmert euch um eure Jugend! Unterstützt die Kinderfreundebewegung und die Jugendorganisation.

Der Sozialismus beginnt nicht in der Versammlung, sondern in der Familie!

ordentlich die Leuten. Erstens glaubt sie nicht, daß in Schweden alle Leute nach Baden. Zweitens hat sie den „Tag“ entlarvt: Moskauer Einflüsse seien es, die den Tag gegen den heiligen Kubat schreiben ließen, der berühmte „Kultur bolschewismus“. Da müssen wir den „Tag“, der selbst viel zu hilflos ist, um sich gegen derart unehrerliche Vorwürfe zu verteidigen, doch in Schutz nehmen. Vom Bolschewismus versteht er so wenig wie seine hierikalische Kollegin und fürchtet als solcher alles was mit ihm aufträumen möchte, ebenso wie die „Deutsche Presse“ als Bolschewismus alles fürchtet, was mit ihr aufträumen möchte. Da sind beide einander gleich. Und was die Kultur betrifft? Um deren Bekämpfung müht sich der „Tag“ doch wirklich ebenso redlich wie die „Deutsche Presse“. Sie sollen einander also nichts vorwerfen und einig sein, denn sie stehen vor großen Aufgaben. Die Bekämpfung der marxistischen Pest ist ein hartes Stück Arbeit für die Herren Fememörder und ihre frommen Gegenspieler, deren Segen uns schon einmal eine schwere Zeit leichter tragen ließ.

Im edlen Sport sollen sie sich messen und für ihre künftigen Aufgaben vorbereiten. Da nicht anzunehmen ist, daß die Herren von der „Deutschen Presse“ nur mit Turnbojen befeidelt nun selbst zum edlen Weltstreiter antreten wollen, schlagen wir vor, daß der „Tag“ und die „Deutsche Presse“ ihre Grubenbunde zu einem Wettlauf starten lassen. Favorit ist der Stall des „Tag“, Ueberraschungen sind jedoch nicht ausgeschlossen und ein Achtungserfolg ist der „Deutschen Presse“ jedenfalls gewiss. Das wolle Kubat!

Tagesneuigkeiten

Wochenende.

Von Rheda.

Beide dich und mach die Trulla zurecht,
Es ist schon fünf der Joha.
Und loch die Milch noch ab, sie wird sonst schlecht
Dann wollen wir aber gehn.

Die Zeit im Autobus ist heute die
Und wir sind spät davon.
Wir müssen wohl auch stehen, doch zum Glas
Erholen wir uns dann.

Tod auch das alte Badetuch mit ein,
Es ist ja nicht mehr schön
Und für uns beide auch schon etwas klein,
Doch neuer wirds noch gehn.

Siebst du den grünen Wagen? Wie ein Bild
Fährt das. Fast ohne Laut.
Das ist mein Chef! Und die, am Führeritz,
Das ist wohl seine Braut.

Do wir wohl auch einmal? Wer weiß das schon,
Vielleicht kommt noch das Glück.
Und nächstes Jahr lauf ich ein Grammophon,
Dann fahren wir mit Raff.

Sieben Todesopfer der Grubenarbeit in einem schlesischen Schacht.

Breslau, 10. Juni. In den Kohlen- und Tonwerken bei Koblendorf bei Neurode kamen während des Ritterschichtwechsels bei einem Kohlenfäureausbruch sieben Bergarbeiter ums Leben, vier wurden verletzt.

10.000 Kilometer in 70 Stunden.

Mariagnac (Departement Bouches-de-Rhone), 10. Juni. Die Flieger Le Briz, Doree und Cadou, die gestern den Streckenweltrekord im geschlossenen Kreise gebrochen hatten, landeten heute um 3 Uhr früh in Mariagnac. Sie legten insgesamt eine Strecke von 10.500 Kilometer in 70 Stunden und 11 Minuten in ununterbrochenem Flug ohne Anbordnahme von Nahrungsmitteln zurück.

Selbstentzündung im Glaspalast die Brandursache.

München, 10. Juni. Wie die Blätter melden, sind die polizeilichen Erhebungen über die Ursache der Katastrophe im Glaspalast nunmehr abgeschlossen. Die Feststellungen sollen zu dem Ergebnis kommen, daß der Brand tatsächlich auf Selbstentzündung des von den Malern verwendeten Materials zurückzuführen ist.

München, 10. Juni. Bei den Abdruckarbeiten am niedergebrennten Münchener Glaspalast ereignete sich heute nachmittags ein schwerer Unfall. Soweit bisher zu erfahren ist, wurden drei Arbeiter schwer verletzt. Nähere Einzelheiten, insbesondere darüber, ob es sich um einen Einsturz oder einen Absturz handelt, waren noch nicht zu erfahren.

Dusky repräsentiert die Freiheit.

In Frankreich, dem Lande, in welchem der Militarismus, die „Zückerheit“ und der mit ihr engverbundene Rüstungswahn langsam, aber sicher die Form politischer Systeme annehmen, lang in Joigny ein Bezirkskongreß ehemaliger Frontsoldaten statt, auf dem Persönlichkeiten, die für gewöhnlich nicht in „Weltgeschichte“ machen, die Gelegenheit beim Schopfe nahmen, um auch einmal sich der Welt als „marxante“ Gestalt, gottlob nicht als Gestalter, vorzustellen. Dazu eignen sich am besten Auftritte und Reden. So tat auch Herr Dusky desgleichen und was er sagte, war, bei Gott, nicht dazu geschaffen, großen Eindruck zu machen. Man höre nur:

Wände unserer ehemaligen Feinde sind befreit, sich von der Verantwortung für den furchtbaren Krieg von 1914 zu reinigen. Ich begreife vollkommen, daß ihnen dieses Erbe, welches sie der Nachkommenschaft übergeben sollen, schwer ist. Wir begreifen, daß sie sich bemühen, sich davon zu befreien, doch ist es unerträglich, daß sie sich zu unserem Nachteil davon reinigen wollen.

Genau so, wie es unerträglich ist, daß Herr Dusky wieder die alte Leier von der „Verantwortung“ für 1914 aufklingen läßt: er soll sich doch bloß einmal in Europa umschauen, um sich die zeitgemähere Frage vorzulegen, wer denn nach 1914, im Jahre 1931, so verantwortlich ist, dieses hypermilitarisierte Europa zu verantworten? Das hätte sich Herr Dusky überlegen sollen, bevor er das folgende sagt:

Wenn unsere ehemaligen Feinde nicht Selbden des Verbrechens einsehen wollten, wir wollen nicht die Wärtner eines Arminus sein. Es wäre wirklich tragisch für Sie, wenn es gelingen sollte, Sie zu überzeugen, daß die Angelegenheit, die Sie zu der Ihnen gemocht und dertwegen Sie gelitten haben, eine schlechte und keine gerechte Sache war.

Ohne daß wir es wollen, sind wir schon Wärtner eines neuen Arminus und eines künftigen neuen Verbrechens geworden, nur daß die Rollen der Heiden in andere Hände übergegangen sind. Rauhger von den Frontsoldaten in Joigny und anderwärts ist vielleicht wichtig im Glauben an eine gerechte Sache im Feld ge-

Der mordende Luftmilitarismus.

Zwei Todesopfer einer Flugzeugkatastrophe bei Olmütz.

Prag, 10. Juni. (T.M.) Amlich wird gemeldet: Heute havarierte zwei Kilometer vom Olmüher Flugplatz das Flugzeug des Fliegerregiments Nr. 2 A II 82. Bei einer in etwa 150 Meter Höhe durchgeführten Schleife verlor es die Geschwindigkeit, geriet in ein Luftloch und stürzte zur Erde. Die Besatzung, der Pilot-Korporal Johann Simon von der Fliegerschule und der Beobachter-Leutnant Mil. Kobotny vom Inf.-Reg. Nr. 15 sind tot. Die Kommission, die an die Unglücksstelle entsandt wurde, stellte an den

Trümmern des Flugzeuges fest, daß an der Lenkvorrichtung nichts mangelhaftes war.

Ein gleiches Unglück in Polen.

Warschau, 10. Juni. Auf dem Militärübungsplatz bei Graudenz stürzte während eines Übungsfluges ein Militärflugzeug ab. Der Pilot, ein Fliegerleutnant, fand den Tod. Das Flugzeug wurde vollständig zertrümmert. Der Absturz ist darauf zurückzuführen, daß das Flugzeug bei der Landung mit einem Flügel an einem Baum stieß.

Unterseeboot wurde tot und sank in einigen Minuten. Der chinesische Dampfer nahm die Schiffbrüchigen auf, die sich mit dem Devis-Spezialrettungsapparat für Unterseeboote retteten. Zwei von den sechs Mann konnten nach zweieinhalb Stunden die Oberfläche erreichen, die übrigen vier noch drei Stunden. Alle sechs Matrosen wurden von britischen Kriegsschiffen aufgenommen. Man wird heute versuchen, das U-Boot zu heben.

Bürgerchule in Schredenstein bewilligt. Der böhmische Landesauschuh hat in seiner gestrigen Sitzung die Errichtung einer Bürgerchule in Schredenstein bewilligt.

BetriebsEinstellung der Klavierfabrik Georg Förster in Georgswalde. Diese Fabrik hat den Lohn- und Arbeitsvertrag gekündigt und Lohnsenkungen verlangt, die in einzelnen Gruppen des Betriebes einen wöchentlichen Lohnausfall von 10 bis 50 Kronen betragen würden. Dagegen setzte sich die Arbeiterschaft zur Wehr und verlangte, als wiederholte Verhandlungen zu einer Einigung nicht geführt haben, die Fortführung der Erzeugung — die bisher zum größten Teile nach einem deutsch-amerikanischen Zeilohnsystem im Accord durchgeführt wurde — im Stundenlohn fortzusetzen, bis eine Einigung auf Verhandlungswegen erzielt worden ist. Dagegen bestand die Firma auf der Annahme ihres Votates, wodurch sich die Arbeiterschaft als entlassen betrachtet hat. Damit ist der Arbeitskonflikt durch das diktatorische Vorgehen der Firma Förster vollzogen worden, die es an der Zeit hielt, die wirtschaftlich ungünstige Zeit zu einem Lohnsturz auszunützen, in der Erwartung, daß die Arbeiterschaft diesen großen Lohnabbau ohne Widerpruch über sich ergehen lassen wird. Vor Arbeitsannahme in der Klavierfabrik A. Förster in Georgswalde wird daher gewarnt.

„Deutsche gegen Tschechen“. Ueber die unerfreulichen Begleiterscheinungen eines Vorweilensampfes wird uns aus Gablonz an der Reife geschrieben: In der Stadt Königgrätz fundigte man ein mit dem Boy-klub Gablonz verbundenes Kampfspiele eine Woche hindurch mit großen Plakaten an, auf denen nichts anderes zu lesen war, als die Worte: „Deutsche gegen Tschechen“. In Gablonz standen die Königgräzer vor einem Käse. Drohte eine preußische Invasion, kam eine deutsche Revolution? Nun, die Königgräzer sind gute Patrioten, und so schworen sie sich angesichts der plattierten deutschen Besatzung auf der Wacht zu sein und etwa geplante Ueberrumpelungsversuche energisch abzuwehren. Diese Kampfstimmung war es, die von den Königgräzer Veranstaltung des Kampfspieles beabsichtigt schien. Nachdem so der Appell an die nationale Leidenschaft den erwünschten Erfolg gezeitigt hatte, schickten es den Kennern der Königgräzer Bühne an der Zeit, das Geheimnis des deutschen Aufmarsches gegen die Tschechen zu enthüllen: sie klebten auf die großen Plakate kleinere Zettel auf, die sozujagen die harmlose Forderung der drohenden Ueberrumpelung bildeten, denn nach dieser Ergänzung hieß es nun ordnungsgemäß: „Deutsche gegen Tschechen boyen am... im Schützenhaus (Sporthalle)“. Wie sehr diese von den Königgräzer Managern offenbar für außerordentlich geschickt gehaltene Propaganda gewirkt hat, haben die Gablonzer, die den Kampfring von einer fanatisierten tschechischen Gemeinde umgeben sahen, übel genug erfahren müssen. Es war eine bähliche Angelegenheit, mit der sich die Boy-Union wahrscheinlich noch eingehend zu beschäftigen haben wird. Die aufgesperrte nationale Leidenschaft der Besucher gab der Veranstaltung einen wüsten Rahmen und führte zu widerlichen Szenen.

Der Untergang der „Poseidon“.

Wei-hai-wei, 10. Juni. Wie verlautet, soll sich das britische Unterseeboot „Poseidon“ mit acht Mitgliedern der Besatzung der „Poseidon“, die sich noch immer in diesem Boot befinden, in Verbindung gesetzt haben und hofft, sie zu retten. Andere Mitglieder der Besatzung sollen noch in einem anderen Abteil des gesunkenen U-Bootes eingeschlossen sein: es besteht wenig Hoffnung, zu ihnen zu gelangen. Nach den wenigen Einzelheiten, die hier bekannt wurden, war das Unterseeboot unmittelbar in der Nähe des Dampfers „Nuta“ aufgetaucht, dessen japanischer Kapitän den Kopf verloren und schwer verletzt wurde. So daß der Dampfer sich das Unterseeboot rampte. Ein japanischer Rettungsschlepper wird versuchen, die „Poseidon“ zu heben.

Sie heute festgestellt wurde, liegt das Unterseeboot „Poseidon“ vierzig Meter unter dem Meerespiegel. Unter solchen Umständen sind die Rettungsarbeiten ungewöhnlich schwierig, so daß man annehmen muß, daß alle Matrosen, die in dem Unterseeboot gefangen sind, ums Leben kommen werden.

Wei-hai-wei, 10. Juni. Der Zusammenstoß zwischen dem britischen Unterseeboot „Poseidon“ und dem kleinen chinesischen Küstendampfer „Nuta“ erfolgte ungefähr 12 Meilen von Wei-hai-wei, während das Unterseeboot an der Oberfläche des Meeres liegend ausfuhrte. Das

Vom Rundfunk

Gempfehlenwertes aus den Programmen.

Freitag.

Prag: 11.30 Schallplatten, 14.30 Radioconcert, 18.30 Deutsche Sendung: Modernes Gesangsensemble, 19.30 Biologische Vorträge, 22.30 Zeitgenössische Musik. — Brünn: 11.30 Schallplatten, 17.20 Schallplatten, 18.25 Deutsche Sendung: Musikinstrumente der Lebensmusik, 21.00 Cuvoricien zu tschechischen Kammeroperen. — Mähr.-Odrau: 11.30 Schallplatten, 17 Schallplatten, 21.00 Popul. Konzert aus Prag. — Bregburg: 11.30 Schallplatten, 18.00 Ungarische Sendung, 20.05 Bunter Abend. — Berlin: 14.00 Johannes Brahms (Schallplatten), 22.15 Abendunterhaltung. — Breslau: 18.30 Lauber Jung. — Frankfurt: 21.40 Symphonieconcert. — Hamburg: 16.15 Schallplatten, 18.00 Der junge Medardus, Drama von Schönlank. — Leipzig: 19.05 Soliflörconcert. — Wien: 11.30 Berühmte deutsche Sänger, 12.40 Bronislaw Huberman spielt (Schallplatten). — Moskau: 15 Nachmittagsconcert, 21.00 Abendconcert.

fischer Sprache. Die eigenhändig geschriebenen Ansuchen der Aufnahmebewerberinnen sind in der Zeit vom 1. bis längstens 15. Juni 1931 bei der Direktion der betreffenden Anstalt zu überreichen. Dem Gesuche sind die im § 1 der Reg.-Vdg. Nr. 154-29 E. d. G. u. B. angeführten Belege beizufügen. Ueber die Einzelheiten erteilen die Direktionen der staatlichen Anstalten für den Unterricht und die Ausbildung der Geburtsassistentinnen Auskunft.

Fischlerstreit in Königshan. In der Klavierfabrik „Korfa“ in Königshan bei Trautmannau, in Montau, vom 8. Juni die Arbeit seitens der Arbeiterschaft eingestellt worden. Die Ursache des entstandenen Konfliktes entstand durch das Fehlen des Unternehmers, das schon im Vorjahr einen Lohnabbau von 15 Prozent vorgenommen hat und nun neuerlich darauf bestand, daß die Arbeiter auf einen weiteren Lohnabbau von zehn Prozent eingehen. Die Löhne standen ohnehin schon sehr niedrig, weshalb dieses Ansuchen abgelehnt worden ist. Vor Arbeitsannahme werden die auswärtigen Fischer gewarnt.

Nach 16 Jahren aus russischer Kriegsgefangenschaft heimgekehrt. Auf dem Polizeikommissariat in Berehovo meldete sich ein gewisser Albert Kovach, der aus der Gemarkung Taryp auf ungarischem Boden unweit der tschechoslowakischen Grenze stammte. Er gab bekannt, daß er als Soldat des Honved-Regiments im Jahre 1915 in Rußland in Gefangenschaft geriet, daß er dann später in Sibirien arbeitete, von wo er, nachdem in Rußland der Umsturz gekommen war, die Heimreise antrat. An der sowjetrussisch-polnischen Grenze wurde Kovach jedoch angehalten und nach Sowjetrußland zurückgeführt, wo er in Bleigruben sich mitarbeiten mußte. Vor drei Jahren gelang Kovach zu flüchten und so gelangte er heimlich bis an die polnische Grenze, die er dann des nachts überschritt. Die polnischen Behörden brachten ihn bis nach Warschau, wo er auf polnischen Gefangenschaft einen Paß ausgestellt erhielt, da er ungarischer Staatsbürger ist. Kovach gelangte er bis in die Tschechoslowakei, Nummehr brachten ihn die tschechoslowakischen Behörden an die ungarische Grenze, von wo er nunmehr nach seinem Heimatort zu reisen hat.

Dr. Zegei zum Tode verurteilt. In Wien verurteilte das Geschworenengericht am Freitag in den späten Abendstunden den Arzt Dr. Zegei zum Tode. Er wurde der Vergeltung seiner zwei Frauen schuldig gesprochen, dagegen aber von der Absicht, auch seine Schwester zu vergiften, freigesprochen. Die Verteidiger protestierten wegen des Mangels dieser Beweise. Der Verurteilte nahm das Urteil ruhig entgegen.

Start vom Jungfrauenjoch. Im Rahmen des von dem Forschungsinstitut der Röhren-Kassette Gesellschaft mit Unterstützung der Kaiserlichen Österreichischen Aeroklubs organisierten Segelfluggesellschaft in die Schweizer Zentralalpen wurde am Mittwoch der erste Start mit dem Segelflugzeug „Fasol“ durchgeführt. Der deutsche Segelfluggesellschaft startete um 14 Uhr 13 auf dem Jungfrauenjoch bei ziemlich starkem Winde. Er beschleunigte mehrere Sechser über der Station Jungfrauenjoch und der Jungfrau (4167 m Höhe) und erreichte den Gipfel um 14 Uhr 25 in Richtung auf die Niederung zu. Er ist kurz darauf in Interlaken gelandet.

Sträflingsrevolte. Im Gefängnis in Siedlitz im Teschner Gebiet brach Mittwoch nachts eine Meuterei der Häftlinge aus. Mehrere Gefangene demolierten ihre Zellen und gelangten bis zum Korridor. Sodann versuchten die Meutereierenden die Gefängniswache zu überwinden und sich dem Weg ins Freie zu bahnen. Die Gefängniswache suchte telephonisch um polizeiliche Hilfe an einer starken Polizeibteilung gelang es, die Meuterei zu unterdrücken.

6 Milliarden werden transportiert. Chicago wird gemeldet: Fast gleichzeitig zu jenem Zeitpunkt, in dem zwölf Banker ihre Kassenscheine schlossen, wurde der Chicagoer Straßen der Schanplatz von Geldtransporten. Es handelte sich um einen Überführung aus der Freeman State Bank nach der First National Bank, da sich diese beiden großen Finanzinstitute vereinigt hatten. Der ganzen wurden aus der einen Bank zur anderen 200 Millionen Dollars (d. i. 6 Milliarden) durch dieser Riesengeldtransport seinen nahen, wurden durch die Polizei scharf überwacht. 310 bewaffnete Wächter beaufsichtigten diesen Geldtransport.

Kauppenplage in der Schweiz. Seit ein paar Tagen werden, wie aus Lausanne gemeldet wird, die Häuser in Cully im Kanton Waadt von Millionen kleiner grüner Kauppen, die bis zu zwei Zentimeter lang sind, heimgesucht. Die Kauppen bedecken Dächer und Mauern und dringen sogar in die Wohnräume ein, wo sie die Oberflächen vernichten oder ungenießbar machen. Die Feuerwehre ist daran gegangen, die Mauern und Dächer mit einer giftigen Flüssigkeit zu besprühen. Die Kauppen sind in so großer Menge vorhanden, daß sie selbst die Kanalisation verstopfen.

Ein Meteor. Bei Reims (Saar) fiel auf einer Farm ein großer Meteor herab. Durch den Aufbruch wurden die Fenster im Umkreis von etwa einer halben Meile eingedrückt. Der Einfall des Meteoriten wurde auch in einigen Städten der Umgebung wahrgenommen.

Schlagender Beweis. Karl und Franz saßen sich oft. Manchmal kam es dabei auch zu Zänkereien, die mit großem Schein endeten. Die Mutter sah sich veranlaßt, dem feindseligen Zanken der feindseligen Brüder mit der Drohung zu Hilfe zu greifen: wenn einer von beiden wieder einmal den anderen verprügelte, so werde er auf dieselbe Weise zur Verantwortung gezogen. Daraufhin einigte sich das Paar. Bis eines Morgens Karl — noch im Bett — angedeutet kommt: „Mutter, der Franzel hat mich eben gehauen!“ Die Mutter hat keine große Lust, am frühen Morgen eine Strafexpedition zu unternehmen, und meint deshalb: „Na, so ganz glaube ich noch nicht!“ Da ruft Karl im Vorhof der Ueberrumpfung nach rückwärts: „Jawoll — du, Franzel, hau' mich nochmal, damit's die Mutter sieht!“

Ein Bankdirektor spricht.

Welchen Verdienst verdient ein Bankdirektor?
 Latinsparger (Wien): In einem Artikel, den er im „Neuen Wiener Tagblatt“ veröffentlicht, erzählt Dr. Ernst Mosing, früherer Direktor des Bodenkreditanstalt, was für gewaltige Anforderungen heute an den Leiter einer Bank gestellt werden. Der nicht in der Lage ist, viele Tausende Röhre im Jahr auf der Eisenbahn zu verbringen und eine Stunde nach der Ankunft am Bestimmungsort in voller Frische (wichtige Verhandlungen zu führen, sei für das heutige Bankgeschäft im Auslande ungeeignet. Da ein Geschäftsreisender das ganze Jahr auf der Tour ist und oft zwischen zwei Eisenbahngängen (schwierige Verhandlungen wegen eines Geschäftsabschlusses führen muß, wäre er also der beste Bankdirektor. Freilich verlangt Mosing vom Bankdirektor noch etwas anderes. Er verlangt: Sprachkenntnis, Menschenkenntnis und persönliches Aussehen. Nebenbei oder anderweitig darf ein Bankdirektor nicht sein und vor allem darf er kein „entzündender Mensch“ sein, denn ein solcher eignet sich höchstens zum Filialleiter. Hat ein Bankdirektor diese Eigenschaften, kann man ihn auch honorieren, da bekanntlich von öffentlichen Ehrungen auch ein Bankdirektor nicht leben kann. Was das also ein Bankdirektor beantragen? Dr. Mosing nennt keinen Betrag, aber er zählt die Umzüge auf, die bei Bemessung der Bezüge eines Bankdirektors in Rechnung gestellt werden müssen. Erstens ist darauf Bedacht zu nehmen, daß sich der Bankdirektor nach einer relativ kurzen Zeit verabschiedet; oder durch Fusionen, Liquidationen und technische Änderungen muß der Bankdirektor allen Verbindlichkeiten sein, auf Anwesen sein festes Einkommen zu erhöhen, drittens — und das scheint das Entscheidende — muß der Abstand zwischen einem Vorstandsmitglied und einem Titulardirektor in Honorierung zum Ausdruck kommen. (Hilferi vom „Prager Tagblatt“.)

gewachsen sind. Wer glaubt jemand, es sei ein Vergnügen, die Nächte durch erster Klasse zu fahren, wenn man an sein Zugaussteigen gewöhnt ist? Solche Leistung muß entsprechend honoriert werden. Oder zweifeln Sie etwa daran! In Halle, da sitzt die Frau, die Kinder und der ganze Haushalt und wartet auf den Gemahl, den ausdauernden Familienvater, der führt irgendwo Verhandlungen als gewiegter alter Latiner und Praktiker; Verhandlungen, von denen Schwierigkeiten für seine Abnung haben. Vielleicht sogar in einer fremden Sprache. Dazu die Sorgen um die Freundschaft und die kleinen sonstigen entscheidenden Abteilungen, wie Val paré, Theaterloge, Dinner, Bankett und was man eben so als Bankdirektor und Wirtschaftstheoretiker braucht. Wenn man schon kein „entzündender Mensch“ sein darf, so muß man eben ein „entzündendes Mensch“ sein eigen nennen, um die Härte des Tages zu mildern. Oder glauben Sie vielleicht, das ist so einfach bei einer Fusion, wie bei uns bei der „Boden“ oder bei einer Liquidation, die Angelegenheiten auf das beste Plaster einer, von uns durch schwierige Verhandlungen, zugrunde gerichteten Wirtschaft zu legen. Wie man sich da verbraucht, wie einem da das Herz schwer wird von all dem Elend, das man hat kommen gesehen und dem man nur durch das bekannte „Schlafen im Trockenen“ für seine eigene Person entgangen ist, das können Sie sich nur schwer vorstellen.

Immer höher!

Do X soll übertrumpft werden. — Piccard-Ghjo in England. Ein neuer Mars-Professor.

London, Freitag Juni. (Sig. Ber.)

Die in 13 Flugstunden erfolgte Ueberquerung des Atlantik durch das Riesenflugzeug Do X, das am Freitag durch den Himmelsbogen von Koroara, einer der brasilianischen Küste vorgelagerten Insel, eintraf, hat in England bedeutend das Interesse an dem eigenen Flugboosterplan verstärkt. Auch hier soll demnächst ein jener fliegenden Giganten in Dienst gestellt werden, und zwar voraussichtlich für den nächsten Herbst mit Japten. Die neue Maschine soll das luxuriöseste Flugzeug der Welt werden und den deutschen Rivalen an Komfort und Leistung überreffen. General W. Cobdell von der Sidere Aviation Company, die das Flugzeug in Southampton im Auftrag des Luftfahrtministeriums baut, gab der Presse einige interessante Informationen.

Sechs Rolls-Royce-Motoren!

„Größe und Energie werden der des Do X entsprechen“, erklärte General Cobdell, „aber unsere Maschine hat nur halb so viele Motoren und befindet sich mehr auf dem Wasser. Sechs Rolls-Royce-Motoren vom Typ „Egmont“ leisten je laufend 22. Die durchschnittliche Geschwindigkeit wird 190, die Höchstgeschwindigkeit 230 Kilometer in der Stunde erreichen. Das Flugzeug kann vierzig Personen tragen; dazu kommt eine Besatzung von sieben Mann. Do X hat bei seinem Startgewicht insgesamt 13 Personen an Bord; vier Mann müssen auf den Kap Verdeschen Inseln zurückbleiben. Bei voller Besatzung kann es Betriebsstoff für einen Non-stop-Flug von Europa nach Amerika mitgeführt werden können. Eigene Schiffsheben sowie Kabinensysteme für die Passagiere stehen zur Verfügung; ferner wird das Flugzeug eine Küche und ein geschlossenes Bad für Kapitän und Piloten enthalten. Die Maschine ist fast durchwegs aus Stahl konstruiert. Die Besatzung im nächsten Frühjahr mit den ersten Probeflügen beginnen zu können.“

Somit General Cobdell, dessen Ausführungen in der englischen Presse mit großer Begeisterung kommentiert wurden.

Interview mit Professor A. R. Low.

Zusammenfassend hat auch die Piccard-Expedition in die Zeratropik zu den ausführlichsten Diskussionen in der englischen Presse Anlaß gegeben. „Zehn Kilometer — so niedrig dürfen wir die Grenzlinie, die der Mensch im Ballon erreichen kann, nicht ansetzen“, erklärte z. B. Professor A. R. Low, einer der bekanntesten englischen Weltraum- und Me-

teologen, kürzlich einem Reporter. „Der einzige Fehler, der die Erreichbarkeit begrenzt, ist allein die zunehmende Verdichtung der Luft. Die Erdatmosphäre erträgt sich jedoch auf zwanzig Kilometer, und ich glaube, hier dürfen wir die Grenze ziehen, wenn auch nur ein Ballon von ungeheuren Ausmaßen diese Höhe erreichen kann. Es ist natürlich ohne weiteres möglich, die Höhe von zwanzig Kilometern mit unbemannten Ballons zu erreichen, die automatisch registrierende Instrumente mitführen und wissenschaftlich wertvolle Ergebnisse herüberbringen, ohne daß ein Menschleben dabei aufs Spiel gesetzt würde. Aber Professor Piccard hat sein Abenteuer wohl nicht unternommen, nur um eine Tat zu vollbringen, die nach sein Reich vor ihm gelangt hat. Eine Reihe der gemachten Beobachtungen hätten von automatischen Apparaten nicht registriert werden können; die dazu nötigen Instrumente gibt es noch nicht, wenn man sie auch eines Tages erfinden wird. Spekulative Beobachtungen zum Beispiel, die auf der Erde vorgenommen werden, leiden unter der Strahlenwirkung der ununterbrochenen durch Rauch, Nebel, Wolken usw. Eine Tat wie die Piccards, mit dem gleichen ungeschützten Erlöse, erweitert (sowohl die Grenzen wissenschaftlichen Denkens.“

Mit der Rakete ins Weltall!

„Es hat sich bereits ein Mann bei mir gemeldet“, führt Professor Low fort, „der mich gebeten hat, ihm einen Apparat zu konstruieren, mit dem er fünfmal so hoch aufsteigen will als Piccard. Ich soll ihm eine Rakete entwerfen, mit Sauerstoffbehältern und einem Fallschirm, damit er wieder zur Erde zurückkommen kann. Ideologisch ist dieses Projekt aussehbar, und Fortschritte auf der ganzen Welt haben gezeigt, daß sich Wege zu seiner Durchföhrung finden lassen. Die alten Pläne, den Mars oder den Mond oder ein anderes Gestirn zu erreichen, scheinen wieder aufzuleben. Sie mögen wissenschaftlich und unbrauchbar sein — aber es ist sicher, daß die menschliche Wissenschaft aus derartigen Ideen Nutzen zu ziehen vermag.“

Auch die englischen Behörden zeigen großes Interesse an Piccards Expedition. Das meteorologische Institut des Luftfahrtministeriums wartet mit Spannung darauf. Es reiste mit, daß es selbst viele Ballonaufstiege zu Beobachtungszwecken durchführt; Ballons, die mit automatischen Instrumenten ausgerüstet sind und nach Erreichen einer bestimmten Höhe abfliegen, werden von Zeit zu Zeit abgelassen. Es konnten aber bisher nur zwölf Kilometer erreichen.

**Genossen! Ihr müßt un-
 angefecht für
 die Verbreitung unserer Zeitung agitieren.
 Setzt euch überall für unsere Parteipresse
 ein. In das Heim des Arbeiters gehört die
 Arbeiterpresse. Darum, Genossen,
 agitiert**

Gerichtssaal

Ein „Nullfekt“.

Das tragikomische Attentat. — Eine Anklage nach dem Sprengstoffgesetz. (Prager Schwurgericht.)

Prag, 10. Juni. Bestehen gegen das Sprengstoffgesetz, das den unbefugten Besitz, Verkauf usw. von Sprengstoffen aller Art unter Strafe stellt und insbesondere 5 bis 10 Jahre Kerker und mehr androht, wenn Leben, Gesundheit und Eigentum anderer Personen in Gefahr gebracht wurde, sind bei uns nicht eben häufig. Heute waren die Geschworenen über einen solchen, und zwar recht merkwürdigen Fall zu urteilen. Und das kam so:

Schmitt Koval, ein 35jähriger Bergarbeiter aus dem Dörfchen Erby im Kladauer Revier, war gegen Ende 1927 aus dem Bezirk der Stadt „Schöller“ entlassen worden. Er machte für seine Entlassung die kommunistische Majorität des Betriebsrates verantwortlich, weil der er nicht im besten Einvernehmen lebe, da er seinerzeit aus der kommunistischen Organisation ausgespart war. Die Anfeindungen der Kommunisten waren um so heftiger, als er durch eine Debatte in den Reihen einer Gemischtenarenhandlung gekommen war, die von der örtlichen Filiale des kommunistischen Konsumvereines „Böckel“ bestritten wurde. Von nun an machte überall die härteste Propaganda gegen ihn, so daß er sich doppelt in seiner Erbiten bedrückt fühlte. Der verzerrte Mann beschloß, eine recht wirkungsvolle „Demonstration“ zu unternehmen, „um die Aufmerksamkeit der Genossen auf seine Lage zu lenken“. Er nahm eine Dynamit-Sprengpatrone im Gewicht von 30 Gramm, die er einmal aus der Schicht mit heimgebracht hatte, fertigste sich selbst eine Handkapsel dazu, indem er aus einer Bromium-Patrone das Schloß entfernte und eine Zündschnur in der Pulverladung befestigte, packte diese primitive „Waffenmaschine“ in einen Sack und begab sich ins Wirtshaus. Dort trank er sich einen launelichen Raus an und auf dem Heimweg warf er, nachdem er die Zündschnur angezündet hatte, das ganze Paket in die Dachrinne des Hauses, wo die „Böckel“ ihre Käume hat, und zwar an einer Stelle, wo, wie er dachte, niemand wahrnte, sondern nur Komposten und Müllpatrone waren. Es gab einen furchtbaren Knack, Rauch und Flammen wurden ein wenig beschleht und eine Reihe Fenster in der Nachbarschaft zertrümmert. Das war am 2. Februar 1928 um 1 Uhr nachts.

Das Dörfchen Erby hat keine Zensur und die Kommunisten konnten sich leicht über die prächtige Aktion, die ihnen so gemacht wurde. Der Täter wurde nicht erwischt.

Erst am Beginn der Nacht eine hohe Zeit. Er hatte unbedachtliche zu seinem Freunde Tizian von seinem Vorhaben gesprochen und dieser kam nach jener freizügigen Nacht denn auch prompt mit vielstündigem Augenwinkeln zu ihm. Koval verstand und gab ihm 1000 K. Schmelzgelad, koste darauf weitere 2000 K. Aber der „Freund“ verstand kein Geheimnis ausse beide auszubringen. Beide waren positionierte Kartenspieler und Koval übernahm nun die Bemessung, gegen den Freund bitten stets zu verlieren. Alle Wege konnten sich über das unglückliche Kartenspiel das sonst so wichtigen Spielers, sobald er mit dem Spielte. Ueber 30.000 Kronen hat der Freund bis zum Dezember des Vorjahres auf diese Weise erbeutet. Als aber einmal, am 10. Dezember, Koval auf diese Vereinbarung verzagte und beim ersten Abends 78 K. verlor — da ging der große Mann hin und zeigte ihn an.

Die Jengen sagten bei der heutigen Verhandlung aus, der Schaden aus den zerbrochenen Fenstern usw. sei bereits gutgemacht. Der Sachverständige, Oskar Krupat, erklärte die „Waffenmaschine“ als ziemlich harmlos. 50 Gramm Dynamit ist etwa die Hälfte normale Sprengladung. Nur in unmittelbarer Nähe der Patronen hätte ein Mensch zu Schaden kommen können, da sie in freiem Raum explodierte. Koval hat also wirklich nur Lärm machen wollen, da er ja als Bergmann die Wirkung der Patronen genau kennt. Ein Pulverfaß, lächerlich! Ein schlechter Streich!

Der Staatsanwalt hat die Geschworenen inständig um Bejahung der Schuldfrage und beschwor sie, sich nicht von Gefühlsmomenten leiten zu lassen. Es sei ein terroristischer Akt gewesen und erfordere strenge Strafe.

Dagegen dankte der Verteidiger Dr. Kellan seinem Schicksal, daß keine Jugendzeit nicht in die heutigen Tage gefallen sei. Er gebot die „Waffenmaschine“ und ähnelte der „Waffenmaschine“, die mit ein paar Christen liquidiert wurden, während man heute einen Fall, der fraglos in diese Kategorie von Jugendfreien gehört, zu einem Kerkerstrafe machen will, das mehrjährige Kerkerstrafe nach sich zieht. Er bat die Geschworenen, sich dieser Verantwortung bewußt zu sein. Die drei Jahre Angst und Ausbeutung seien genug Strafe für den Angeklagten gewesen.

Die Geschworenen schlossen sich denn auch dieser Anschauung an und bejahten mit 9 Stimmen die Schuldfrage, insofern der Vorsitzende Oskar Koval, das freisprechende Urteil verurteilte.

Wer ist der Wertvollste?

Eine echt amerikanische Prüfungsfrage.

In jedem Jahr hält Edison eine Prüfung ab, bei der von 40 Schwestern, von denen je einer aus jedem amerikanischen Staat und einer aus dem Bundesdistrikt stammen, einer gewählt wird. Der Wahlmann Edison ein vierjähriges Studium an einem amerikanischen College absolvieren darf. Den Kandidaten werden bei der Prüfung eine ganze Reihe der wichtigsten Fragen zur Beantwortung vorgelegt. Die meisten sind nicht nur auf wissenschaftliche Spezialgebiete, sondern werden sich hauptsächlich an den gelunden Menschenverstand.

Eine der Prüfungsfragen in diesem Jahre, die in der amerikanischen Öffentlichkeit zum Gegenstand eifriger Diskussionen geworden ist, lautet: „Ein 16-jähriger berühmter Gelehrter, zwei Brüder von 35 und 32 Jahren, die 16-jährige Frau und Gelehrten, deren Interessen fast ausschließlich auf wissenschaftliche Beschäftigungen gerichtet sind, hat 16-jähriger Sohn. Ihre Frau, die bester Freund im gleichen Alter wie er, der auf wissenschaftlichem Gebiet zu den größten Hoffnungen berechtigt, und die sich ihren hungern und durch die in einer Wüste umher. Der Herr hat ein Wasser und Nahrungsmittel reich gerade für drei Personen, um für nächsten menschlichen Schicksal zu gelan-

gen fünf Personen sind also dem Tode verfallen. Welche drei sollen gerettet werden?“

Nach der Beantwortung, die diese Frage nicht nur im Kreise der Bewerber um das von Edison mögliche freie Universitätsstudium, sondern in der gesamten amerikanischen Öffentlichkeit schanden hat, lassen sich interessante Schlüsse ziehen. Edison selbst, den man natürlich auch nach seiner Meinung gefragt hat, hat lediglich geantwortet, daß man natürlich einen der Brüder retten müßte, weil ohne diesen die beiden anderen Personen den Weg zur rettenden menschlichen Dichtung womöglich nicht finden würden.

Uebereinstimmend haben alle die die Frage beantwortet haben, die junge Frau des Gelehrten zum Tode in der Wüste verurteilt. Ihr werden weder besondere menschliche noch wissenschaftliche Qualitäten nachgerühmt, also kann sie nach Ansicht der Amerikaner keinen Anspruch darauf machen, unter die Geretteten gezählt zu werden. Noch wichtiger: allzu langer Zeit war viel von der Beantwortung der amerikanischen Frau die Rede, die den Mann beherrschte, der keine bessere Aufgabe kennt, als die Welt recht hochspannenden Wünsche seiner Gattin zu beschließen. Japanischen sind auch die amerikanischen Frauen in großer Zahl in das Erwerbsleben einströmten. Der harte Kampf der Gelehrter um das mögliche Brot hat auch drüben eingeführt. Man muß der Frau eventuell Gleich-

berechtigung gewähren, will aber als Kompensation dafür von den Männern, die man bislang ohne Rücksicht auf sich genommen hat, erstanden sein.

Am häufigsten lautete die Antwort aus dem Kreise der Kandidaten auf die zur Diskussion gestellte Frage wie folgt: Der gleichaltrige Freund, der auf wissenschaftlichem Gebiet zu großen Hoffnungen berechtigt, die Frau und der 16-jährige Knabe des Gelehrten müssen gerettet werden. Nur ein einziger hatte den Mut zu bekennen, daß er sich selbst unter die Geretteten zählen würde.

Der Direktor des New Yorker Amerikanischen Wissenschaftlichen Komitees, den ein Journalist interviewte, schloß sich der Meinung Edison an, daß einer der Brüder gerettet werden müßte, und zwar würde er bereitwillig als den Wissenschaftsbereiter den Jüngeren wählen. Den Knaben mitzunehmen hält er für zwecklos, weil ein kleiner Knabe den großen Strapazen doch nicht gewachsen sein würde. Dagegen stand auch er auf dem Standpunkt, daß der Freund des Verstorbenen gerettet werden müßte, und zwar nicht aus der Freundschaft willen, sondern wegen der Leistungen, die man auf wissenschaftlichem Gebiet noch von ihm erwarten könnte und wie alle anderen würde auch der Wissenschaftler selbst sein eigene Braut zu den Geretteten zählen.

